

Stellungnahme zur Kommunalen Wärmeplanung

Die Bürgerinitiativen BraVo Wärmewende und das Energie Forum Potsdam e.V. nehmen im Folgenden Stellung zur kommunalen Wärmeplanung (KWP) der Landeshauptstadt Potsdam.

Wir begrüßen, dass die Stadt mit der Fertigstellung der KWP eine klare Richtung für eine klimaneutrale Wärmeversorgung vorgibt. Die KWP stellt eine planerische Grundlage dar, auf dessen Basis die Wärmewende nun Schritt für Schritt umgesetzt werden kann. Damit ist die KWP ein wichtiger Meilenstein für die Potsdamer Wärmewende.

Im Folgenden finden Sie Fragen zu Unstimmigkeiten, die uns aufgefallen sind, und Anregungen aus der Sicht der obenstehenden Initiativen. Wir bitten Sie, unsere Fragen zu beantworten und unsere Anregungen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme gliedert sich in zwei Teile entsprechend der Unterpunkte der KWP **1. Potenzialanalyse und Zielszenario** und **2. Wärmewendestrategie mit Maßnahmenkatalog**

1 Potenzialanalyse und Zielszenario

Die KWP stellt auf Seite 53 die identifizierten Potenziale zur zentralen Wärmeerzeugung den aktuellen Wärmebedarfen der Wärmenetze gegenüber und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Im Vergleich zum aktuellen Wärmebedarf ergibt sich noch eine Lücke von ca. 140 GWh/a, welche sich durch Sanierungsmaßnahmen, den Einsatz von Wasserstoff in Heizkraftwerken oder BHKWs sowie eine detailliertere Prüfung einiger theoretischer Potenziale schließen lässt.“

Diese Aussage lässt es zweifelhaft erscheinen, dass ein durch die geplanten Erweiterungen des Fernwärmenetzes gesteigerter Wärmebedarf noch durch erneuerbare Wärme abzudecken wäre und stellt die Sinnhaftigkeit einer Erweiterung des Fernwärmenetzes somit in Frage. Im letzten Absatz auf Seite 54 wird dies zwar weiter diskutiert und folgende Schlussfolgerung wird insbesondere vor dem Hintergrund des Potenzials an Wärme aus Umgebungsluft noch gezogen „insgesamt ist ein ausreichendes erneuerbares Erzeugungspotenzial zur Deckung auch des zukünftigen Wärmebedarfs in Potsdam vorhanden“. Insgesamt sind diese Schlussfolgerungen jedoch für den Leser sehr verwirrend und könnten sich als kontraproduktiv hinsichtlich der Umsetzung des mit der KWP erarbeiteten Zielszenarios erweisen.

Wir empfehlen diesen Abschnitt der KWP zu überarbeiten um deutlicher zu transportieren, dass auch ein durch die Erweiterung des Fernwärmenetz erhöhter zentraler Wärmebedarf erneuerbar abgedeckt werden kann. Auch die Erläuterungen zur Potenzialermittlung für zentrale Umgebungsluft Wärmepumpen sollten nochmal in diesem Kontext überarbeitet werden, da sie nur schwer verständlich sind.

Der Beitrag der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung (die von der EWP geplanten BHKWs) sollte, in der von der EWP angestrebten Größenordnung, angegeben werden, damit sich der Leser einen Eindruck verschaffen kann.

Bestenfalls erfolgt die Gegenüberstellung Potenzial/Bedarf auch für den 2045 zu erwartenden Zielzustand der Wärmeversorgung. Hierbei müsste auch noch das zu erwartende Wachstum der Stadt berücksichtigt werden.

Bei den Zahlen sind uns einige Unstimmigkeiten aufgefallen:

- Seite 18: Nach Aussage der KWP beläuft sich der jährliche Endenergiebedarf für die Wärmeversorgung in Summe auf 1.350 GWh/a. In Abbildung 12 wurde eine Reduktion des Wärmebedarfes von 1.282 GWh/a im Jahr 2022 auf 1.095 GWh/a im Jahr 2045 prognostiziert. Frage: warum weicht der angenommene Anfangswert in Tabelle 12 von dem Wert auf Seite 18 ab?
- Abbildung 30: Das Einsparpotenzial beim Wärmebedarf wurde in den Abbildungen 29 und 31 dargestellt, in Abbildung 30 jedoch nicht. Dies ist verwirrend und sollte korrigiert werden. Ferner ergibt der Unterschied zwischen Säule 1 (dem aktuellen Wärmebedarf Wärmenetze in Höhe von 581 GWh/a) und der Säule 2 (Potenzial an erneuerbarer Wärme in Höhe von 489 GWh/a) einen Wert von 92 GWh/a. Im Text ist jedoch von einer Lücke von 140 GWh/a die Rede. Dies steht im Widerspruch zueinander.

In den Abbildung 29 und 31 bitten wir die Zahlenwerte zwecks Nachvollziehbarkeit zu ergänzen.

Es ist bedauerlich, dass an keiner Stelle auf den Dekarbonisierungsfahrplan der EWP und die sich daraus ergebenden Zahlen eingegangen wird. Zumindest sollte erläutert werden, dass die EWP an dem vom *Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze* (WPG) geforderten wesentlich konkreteren „Wärmenetzausbau- und -dekarbonisierungs-Fahrplan“ arbeitet und dieser bis Ende 2026 veröffentlicht werden wird.

2 Wärmewendestrategie mit Maßnahmenkatalog

Das WPG fordert in §20 „die Ausarbeitung einer **Umsetzungsstrategie** mit von ihr unmittelbar selbst zu realisierenden **Umsetzungsmaßnahmen**, mit denen das Ziel der Versorgung mit ausschließlich aus erneuerbaren Energien oder aus unvermeidbarer Abwärme erzeugter Wärme bis zum Zieljahr erreicht werden kann.“

Die in der KWP vorgelegte Strategie mit den dargestellten Maßnahmen wird inhaltlich befürwortet. Wir zweifeln jedoch an, dass diese hinreichend sind, um das gesetzte Ziel zu erreichen.

Große Defizite sehen wir beim Thema Setzung von dringend notwendigen Anreizen um Entwicklungen im Sinne der KWP zu befördern. Dies gilt insbesondere für folgende Punkte:

- Energetische Ertüchtigung sowie
- Umstieg von Erdgas auf erneuerbare Fernwärme oder Wärmepumpe bei

Gebäuden in kleinteiliger und heterogener Eigentümerstruktur

Die wichtigste Maßnahme wäre hier: **die Erstellung von Quartierskonzepten als Voruntersuchung zur Ausweisung von energetischen Sanierungsbielten im vereinfachten Verfahren**. Dies liegt im Zuständigkeitsbereich der LHP und ist ein erprobtes Instrument zur unterstützenden Beratung und zur Setzung zielgerichteter Anreize. Der Fokus solcher Sanierungsgebiete muss auf der Transformation der Energieversorgung liegen. Dies beinhaltet zum einen den Umstieg von Gas auf Fernwärme oder Wärmepumpe aber auch Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung der Gebäude oder zum Umbau von Gasetagenheizung auf Zentralheizung. Die KWP hat zwar hervorgebracht, dass es in Potsdam keine Gebiete gibt, in denen es sehr hohe mittlere spezifische Energieverbräuche gibt. (Kommentar: Es wäre

sehr interessant gewesen, die Mittelwerte noch mit Angaben zur Streuung um diese Mittelwerte zu ergänzen). Mit Sicherheit gibt es jedoch Abweichung nach unten wie nach oben, sodass es für einen Teil der Gebäude eines Quartiers ein erhebliches Einsparpotenzial gibt. Die Hebung dieses Potenzial gilt es, auch über den kommunalen Gebäudebestand hinaus, anzureizen.

Gern würden wir auch anregen, die in Bürgerinitiativen oder anderen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen organisierten Bürger:innen, an den Prozessen und Maßnahmen in geeigneter Form zu beteiligen.

Im Folgenden stellen wir dar, wo wir im Maßnahmenkatalog Ergänzungs- bzw. Konkretisierungsbedarf sehen.

2.1 Cluster 1: Infrastrukturplanung und Netzausbau

2.1.1 Maßnahme 1-1: Ausbau und Nachverdichtung der Wärmenetze

Es wird aus der Beschreibung der Maßnahme nicht ersichtlich, wie die Steuerungsgruppe als Initiatorin der Maßnahme agieren soll bzw. wird. Was sind die Befugnisse der Steuerungsgruppe und wie wird sie vorgehen? Wie wird sie mögliche Wärmenetzbetreiber adressieren? Welcher Akteur ist für welche der aufgeführten Handlungsschritte verantwortlich?

Als Akteure sind auch die Bürger:innen benannt. Wie sollen diese in der Maßnahme adressiert bzw. beteiligt werden?

2.2 Cluster 2: Steuerung und Governance

2.2.1 Maßnahme 2-1: Steuerungsgruppe Energiewende- und Infrastrukturprojekte Potsdam

Diese Maßnahme wird zu recht mit sehr hoher Priorität bewertet. Aus unserer Sicht könnten die Aufgaben der Steuerungsgruppe noch erweitert bzw. umfangreicher dargestellt werden.

Erweiterungsschwerpunkte sollten aus unserer Sicht sein:

- Laut Beschreibung ist folgende Aufgabe definiert „Die Steuerungsgruppe forciert die abgestimmte Entwicklung von Infrastrukturprojekten aller Art zur systematischen Nutzung von Synergien“. Nach unserem Verständnis sollte die Koordinierung auch Infrastrukturprojekte im Bereich Wasser und Abwasser sowie Verkehr (Schieneninfrastruktur) umfassen, da auch hier durch eine koordinierte Planung Kosten gespart werden können. Infrastrukturprojekte aus diesen Bereichen werden jedoch in der Maßnahmenbeschreibung bisher nicht erwähnt.
- Bei der Erschließung neuer Quartiere für die zukünftig erneuerbare Fernwärme könnte eine weitere wichtige Aufgabe der Steuerungsgruppe die prioritäre Ansprache von Groß- bzw. Ankerkunden wie KIS, ProPotsdam, Genossenschaften, Kirchen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen sein. Dies könnte der Absicherung einer ersten Grundabnahme an Wärme und als vertrauensbildende Maßnahme dienen, nach dem Motto "wenn die Stadt selber oder die Kirche sich für Fernwärme entschließt, ist das ein Gütesiegel.“

Für außerordentlich wichtig für eine möglichst kosteneffiziente Transformation halten wir die als Handlungsschritt angekündigte „Entwicklung einer Strategie zur Gasnetzstilllegung“. Wesentlicher Erfolgsfaktor für eine solche Transformation ist im nächsten Schritt die positive Kommunikation der Strategie. Die Potsdamer BürgerInnen müssen frühzeitig und transparent über die Ziele der Strategie und zu erwartende Entwicklungen informiert werden.

2.2.2 Maßnahme 2-2: Zurverfügungstellung ausreichender Kapazitäten für Planung, Genehmigung und Bau von Wärme- und Stromleitungen sowie -anlagen

Auch hier könnte noch detaillierter auf die notwendigen planerischen Abstimmungen zu „Infrastrukturprojekten aller Art zur systematischen Nutzung von Synergien“ eingegangen werden.

2.2.3 Maßnahme 2-3: Anpassung der bestehenden Fernwärmesatzung zur Förderung hoher Anschlussquoten an Wärmenetze

Die Aussagen zum Thema Fernwärmesatzungen werden durch folgenden Satz relativiert: „Vorrangig sollten aber andere Maßnahmen zur Förderung hoher Anschlussquoten in Betracht gezogen werden.“ Wir stimmen dieser Aussage zu, denn Begriffe wie Anschlusszwang wecken Widerstand in der Bevölkerung sofern sie nicht sehr gut kommuniziert werden. Leider wird nicht darauf eingegangen, was andere Maßnahmen zur Förderung hoher Anschlussquoten sein könnten. Es sollten zumindest Beispiele gegeben werden, um darzustellen, wie diese Maßnahmen mit einer Satzung zusammenwirken könnten. Eine sehr wichtige Maßnahme könnten die bereits unter Punkt 2. aufgeführten energetischen Sanierungsgebiete sein.

Ferner sollte bei der Überarbeitung der Satzungen sehr gut begründet werden, was Sinn und Zweck eines Anschlusszwangs ist und warum ein solcher im Sinne der Allgemeinheit ist.

2.3 Cluster 3: Finanzierung und Förderung

§21 des **Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze** (WPG) legt fest: *„Ein Wärmeplan für ein Gemeindegebiet, in dem zum 1. Januar 2024 mehr als 45 000 Einwohner gemeldet sind, soll eine Bewertung enthalten, wie die Umsetzung der Strategien und Maßnahmen finanziert werden kann, und Finanzierungsmechanismen ermitteln, die es den Verbrauchern ermöglichen, auf Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen umzustellen.“*

Aus unserer Sicht erfüllen die Maßnahmen des Cluster 3 diesen Anspruch nur unvollständig. Wir empfehlen eine zusätzliche Maßnahme vorzusehen, die sich mit dem Thema Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen bei den kommunalen Unternehmen EWP/NGP (Siehe insbesondere Maßnahmen 1-1, 1-2, 1-3) befasst. Agora Energiewende hat jüngst eine Studie¹ zum Thema „Investitionen in eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge – Von kleinen Stadtwerken bis zum Konzern, wie gelingt die Finanzierung der Energienetze?“ herausgegeben die ggf. eine Hilfestellung sein kann. .

2.3.1 Maßnahme 3-1: Sichern der Finanzierung und Umsetzung der energetischen Bedarfsplanung kommunaler Gebäude

Der KIS ist größter Einzelkunde der EWP. Wir sehen eine Verantwortung beim Fernwärmeversorger dem KIS, als potenziellen Ankerkunden für Fernwärme, eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

2.3.2 Maßnahme 3.2: Wärme-Contracting-Angebote

Es stellt sich uns die Frage, warum Wärmenetzbetreiber als benannte Initiatoren der Maßnahme in das Geschäft mit Wärmepumpen einsteigen sollten? Müssten hier nicht viel mehr die Hausanschlussstationen im Fokus stehen? Auch bei diesen gibt es erhebliche Investitionshemmnisse zu lösen.

¹ <https://www.agora-energiewende.de/aktuelles/wie-die-milliardenluecke-beim-ausbau-von-strom-und-waermenetzen-geschlossen-werden-kann#downloads>

2.3.3 Maßnahme 3-3: Finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen

Wäre das von Bürger:innen eingeworbene Kapital, zur Finanzierung von Projekten nicht ein direkterer und ein leichter zu ermittelnder Wirkungsindikator?

2.3.4 Maßnahme 3-4: Umsetzung der Wärmeplanung im kommunalen Wohngebäudebestand

was ist mit dem Kriterium „Anzahl Gebäude mit klimaneutraler Wärmeversorgung der ProPotsdam“ als Wirkungsindikator gemeint? Aktuell sorgt weder die Versorgung über eine Wärmepumpe noch der Anschluss an das Fernwärmenetz für eine "klimaneutrale Wärmeversorgung", da aktuell weder Strom noch Wärme vollständig dekarbonisiert sind. Stattdessen vielleicht „Anzahl der auf Wärmepumpe oder Fernwärme umgestellten Gebäude“ oder „Anzahl Gebäude die auf GEG konforme Wärmeversorgung umgestellt wurden“.

2.3.5 Maßnahme 3-5: Erweiterung des kommunalen Förderprogramms

Die dargestellte Maßnahme erscheint uns in Anbetracht des derzeit relativ niedrigen Fördervolumens zu einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand zu führen. In Anbetracht knapper Personalressourcen würden wir empfehlen, andere Maßnahmen zu priorisieren, da sie eine wesentlich höhere Wirkung entfalten können.

2.4 Cluster 4: Kommunikation und Beteiligung

Wir begrüßen das umfangreiche Kommunikationskonzept und bieten an dieser Stelle gerne unsere konstruktive Mitwirkung an. Insbesondere die Bürgerinitiative BraVo Wärmewende verfügt inzwischen über einen umfangreichen Erfahrungsschatz aus der Kommunikation mit der Bewohnerschaft der Brandenburger Vorstadt den wir gerne in die weiteren Prozesse einbringen.

Hinsichtlich der Inhalte die für die aufzubauende Webseite geplant sind, halten wir den Punkt „Motivation der kommunalen Wärmeplanung“ für außerordentlich wichtig. Es ist den meisten Potsdamerinnen und Potsdamern nicht klar, was die Kommunale Wärmeplanung genau leisten sollte und wo aber auch ihre Grenzen sind. Wichtig ist auch darzustellen, welcher Akteur welche Aufgabe hat und wie die unterschiedlichen Akteure wie Stadtverwaltung, NGP, EWP, zusammenarbeiten. Es sollte auch erläutert werden was jeweils von der KWP und von dem von der NGP bis Ende 2026 vorzulegenden „Wärmenetzausbau- und -dekarbonisierungs-Fahrplan“ zu erwarten ist.